

vatfirmen fanden sich bislang nur Jugoslawen und Rumänen bereit. Sowjets wie Ostdeutsche lehnen eine so enge Liaison mit dem Klassenfeind strikt ab.

Flexibel zeigte sich Gierek auch, als ihn Arno Dreher, Vorstandsmitglied des Anlagenbauers Babco, fragte, ob nach dem Scheitern des Atomstromprojekts mit Moskau Polen nun ebenfalls als möglicher Stromlieferant für die Bundesrepublik ausscheide. Der Warschauer Staatsgast mochte einen Elektrizitäts-Kontrakt keineswegs ausschließen, deutete aber Widerstände der DDR an: „Das ist nicht nur unser Problem. Man kann das noch etwas liegenlassen.“ Unzweideutig stellte er jedoch klar: „Auch für Energielieferungen nach West-Berlin sind wir offen.“

Zurück in Bonn, unterschrieb der Erste Sekretär dann am Freitag ein ganzes Konvolut von Verträgen und Absichtserklärungen — allesamt wohl geeignet, „die Voraussetzungen für die vollständige Normalisierung und allseitige Entwicklung der Beziehungen“ (Gierek) zwischen Polen und der Bundesrepublik zu schaffen.

So sollen sich mindestens einmal jährlich die Wirtschaftsstrategen beider Regierungen treffen, mindestens einmal im Jahr auch die Außenminister aus Warschau und Bonn zusammenkommen.

Kontrovers blieb ein Detail des Kulturabkommens: Die Polen zeigten sich nicht mit der Etablierung von Kulturinstituten einverstanden. Gierek zu Schmidt: „Wir sind nicht in der Lage, darüber jetzt ein Abkommen zu schließen.“ Auch eine von den Deutschen vorgeschlagene Absichtserklärung, solche Institute nach Jahresfrist einzurichten, war den Gästen zu deutlich. Sie ließen sich nur auf ein vages „baldmöglichst“ ein.

Mit Rücksicht auf die eigene Bevölkerung, vor allem aber aus Vorsicht gegenüber den mißtrauischen Freunden in Moskau und Ost-Berlin möchte Gierek offenkundig nicht zuviel Westdeutsches auf einmal ins Land lassen.

Aber auch die Deutschen kamen nicht allen Wünschen ihres Gastes entgegen. Gierek hatte den Kanzler gebeten, den amerikanischen Sender „Radio Free Europe“ (Gierek: „Er tut uns nicht weh, aber das Gift wird sich auswirken“) aus Deutschland zu verbannen und ferner öffentlich gegen die chinesische Politik und deren maoistische Helfer in der Bundesrepublik Stellung zu beziehen. Doch Schmidt gab zu verstehen, daß er dazu nicht bereit sei.

Gleichwohl zeigte sich Edward Gierek beim Abschied von Bonn zufrieden. Zu Außenminister Genscher sagte er: „Das war rundherum gut, ohne daß es einen falschen Ton gegeben hat.“

DIPLOMATIE

Türen öffnen

Mißmutig erwartet die Bundesregierung den Deutschland-Besuch des Südafrika-Premiers Vorster. Das Bonner Außenamt sah keine Möglichkeit, die Reise zu verhindern.

Bundeskanzler Helmut Schmidt fühlt sich von seinem liberalen Chefpartner und Außenminister Hans-Dietrich Genscher im Stich gelassen, und schuld an der Verstimmung unter Bonns regierenden Sozialliberalen ist ein Politiker,



Deutschland-Besucher Vorster
„Man hätte denen sagen sollen ...“

über den Schmidt und Genscher ansonsten einer Meinung sind: Südafrikas Premierminister Balthazar Johannes Vorster.

Der Chef des Apartheid-Regimes von Pretoria hatte die Bonner Ende Mai mit der Nachricht überrascht, Südafrikas Außenminister Hilgard Müller werde vom 20. bis 22. Juni in Bonn eine Botschafter-Konferenz veranstalten.

Zur gleichen Zeit erfuhren die Deutschen von US-Außenminister Henry Kissinger, daß sie es im Juni nicht nur mit dem südafrikanischen Außenminister, sondern mit dem Premier selbst zu tun bekommen würden: Kissinger, gerade in Bonn auf Stippvisite, weihte die Bundesregierung in seinen Plan ein, am 23. und 24. Juni auf westdeutschem Boden mit Vorster über die Probleme des südlichen Afrika zu konferieren. Beiläufig fragte der Amerikaner seine deutschen Gesprächspartner, ob sie Einwände hätten.

Die Aussicht, den neben Rhodesiens Ian Smith von den Schwarzafrikanern bestgehaßten weißen afrikanischen Politiker auf deutschem Boden begrüßen zu müssen, erschreckte die Bonner. Vor allem der Bundeskanzler sowie SPD-Fraktionschef Herbert Wehner befürchten, die Visite des Rassentrenners

könne die von der Bundesregierung zaghaft begonnene neue Afrika-Politik diskreditieren, die sich für Mehrheitsregierungen in allen afrikanischen Ländern einsetzt und schwarze Befreiungsbewegungen politisch unterstützt.

Außenminister Genscher hingegen riet dem Kanzler, sich nicht gegen das Treffen Kissinger—Vorster zu sperren. Schließlich diene die Zusammenkunft auch dem von Bonn geförderten Ziel, eine Lösung für die Probleme des südlichen Afrika zu finden. Ein AA-Beamter: „Wenn es um Frieden in der Welt geht, sollen wir da nein sagen?“ Im übrigen, so argumentierten Genschers Diplomaten, könne man den amerikanischen Hauptverbündeten der Bundesrepublik nicht einfach durch Einreden brüskieren.

Gegen Vorsters Teilnahme an der Botschafter-Konferenz, so das AA, sei ohnehin nichts zu machen: Nach internationalem Brauch werden Bot-



Deutschland-Besucher Kissinger
... trifft euch doch in Frankreich“

schafterkonferenzen dem Gastland nur angezeigt; sie bedürfen weder einer Genehmigung noch einer Einladung durch das Gastland (siehe auch Interview Seite 24).

Nur widerstrebend akzeptierte Schmidt diese Argumentation. Unter Vertrauten schimpfte er, das Außenamt hätte dem Südafrikaner sehr wohl klarmachen müssen, daß sein Besuch in der Bundesrepublik unerwünscht sei. Ein Schmidt-Berater: „Man hätte denen sagen sollen: Triffst euch doch in Frankreich. Die Franzosen liefern den Südafrikanern doch sowieso Waffen und Atomkraftwerke.“

Auch ärgert den Kanzler, daß sich der Amerikaner und der Südafrikaner ausgerechnet in seiner Heimatstadt Hamburg zusammensetzen wollen. Bonn stand freilich zu keiner Zeit als Konferenzort zur Debatte, nicht nur.

„Allerdings ungewöhnlich“

Entwicklungshilfe-Minister Egon Bahr zum Vorster-Besuch

SPIEGEL: Die Bundesrepublik hat Südafrika keine Atomreaktoren verkauft — und dafür Beifall in der Dritten Welt bekommen. Zugleich aber läßt Bonn zu, daß Südafrika-Premier Vorster zu einer Botschafter-Konferenz seines Landes in die Bundesrepublik kommt. Damit ist der positive Effekt des nicht zustande gekommenen Reaktorengeschäfts verspielt. Wie erklärt sich solches Ungeschick?

BAHR: Zunächst darf ich einmal darauf aufmerksam machen, daß die Bundesregierung wenig an dem beteiligt ist, was Sie als Ungeschick bezeichnen. Über den Verkauf von Atomreaktoren an Südafrika hat es zwar eine öffentliche Debatte gegeben. Die Bundesregierung aber hat gar nicht entschieden, ob sie die Ausfuhrgenehmigung erteilen würde oder nicht. Sie hat sich insofern also nicht geäußert.

SPIEGEL: Aber sie ist doch sicher nicht unglücklich über den Ausgang dieser Angelegenheit?

BAHR: Ihr ist durch den Entschluß der Südafrikaner, den Auftrag nach Frankreich zu geben, eine sicher schwierige Entscheidung erspart geblieben.

SPIEGEL: Und weshalb hat sie der Botschafter-Konferenz mit Premier Vorster zugestimmt?

BAHR: Wir haben mit der Republik Südafrika diplomatische Beziehungen. Wenn ein Land beabsich-

tigt, in der Bundesrepublik Deutschland eine Botschafter-Konferenz abzuhalten, braucht es nicht um eine Genehmigung zu bitten. Mir ist kein Fall bekannt, in dem ein Gastland nein gesagt hätte, wenn es davon unterrichtet wurde, daß ein diplomatisch vertretener Staat beabsichtigt, auf seinem Boden eine solche Konferenz zu veranstalten. Ungewöhnlich ist allerdings, daß der Regierungschef und nicht, wie üblich, der Außenminister eine solche Konferenz leitet.

SPIEGEL: Premier Vorster trifft sich in der Bundesrepublik auch mit US-Außenminister Kissinger.

BAHR: Daraus sieht man, daß die Bundesrepublik Deutschland, sagen wir einmal, ein interessanter Partner in Europa für das ist, was sich im südlichen Afrika in den vor uns liegenden Monaten und vielleicht sogar Jahren abspielen wird.

SPIEGEL: Die Bundesregierung als Vermittler in Weltkonflikten?

BAHR: Ich glaube nicht, daß wir da große Vermittlerfunktionen haben. Wohl aber bin ich der Auffassung, daß wir diesen Besuch benutzen sollten, um Herrn Vorster mit aller Deutlichkeit klarzumachen, was unsere Auffassung ist: daß wir Apartheid, wie jede Form des Rassismus, ablehnen und daß wir bereit sind, es nicht nur bei Worten zu belassen.

weil sich dort zur gleichen Zeit der israelische Außenminister Jigal Allon — wie Kissinger und Vorster Sicherheitsstufe eins — zu Gesprächen mit Genscher aufhält. Vor allem will die Regierung der politischen Optik wegen den Apartheids-Chef aus der Bundeshauptstadt fernhalten.

Frankfurt, zunächst in die engere Wahl gezogen, fiel als Treffpunkt aus, weil das ausersehene Schloßhotel Kronberg im Taunus nicht genügend Etagen freimachen konnte; Bremen wurde gestrichen, weil die Landbahnen des Flughafens nach Meinung der Amerikaner nicht lang genug sind, um die Luftflotte des US-Außenministers — zwei Boeing 707 und eine Transportmaschine vom Typ „Galaxy“ — auch bei nassem Wetter sicher landen zu lassen. blieb Hamburg, wo in den Nobelhotels „Atlantic“ und „Vier Jahreszeiten“ inzwischen ganze Zimmerfluchten angemietet wurden.

Doch nicht nur die Sorge um das deutsche Ansehen in Schwarzafrika

macht Schmidt den Vorster-Besuch so schwer erträglich. Strapaziert ist das Bonner Verhältnis zu dem weißen Minderheitsregime auch wegen der Aktivitäten des Südafrika-Botschafters in Bonn (SPIEGEL 43/1975). Donald Bell Sole hatte hinter dem Rücken der Bundesregierung prominenten Deutschen kostenlose Reisen in sein Land spendiert, darunter auch dem Luftwaffen-Inspekteur Günther Rall, der daraufhin seinen Posten quittieren mußte.

Als Sole-Berichte an seine Zentrale bekannt wurden, in denen Verteidigungsminister Georg Leber wahrheitswidrig als Mitwisser der Rall-Reise bezeichnet worden war, drängte die Bundesregierung in Pretoria auf Ablösung des mißliebigen Emissärs, erfolglos. Ein Staatssekretär verärgert: „Der Sole läuft hier noch arroganter herum als vorher.“

Ein bißchen wenigstens will es Kanzler Schmidt den Südafrikanern heimzahlen: Schroff wies der Regierungschef das Ansinnen zurück, Vorster zu einem offiziellen Essen ins Bonner Pa-

lais Schaumburg einzuladen. Nur einen Höflichkeitsbesuch will Schmidt über sich ergehen lassen.

Die innenpolitischen Querelen in Bonn lassen die Südafrikaner kalt. Sie versprechen sich von der Vorster-Reise günstige Auswirkungen auch anderswo. Das regierungnahe Kapstadter Blatt „Die Burger“: „Hoffentlich öffnen sich damit auch andere westliche Türen.“

Zudem rechnen es sich die Südstaater hoch an, mit der Wahl der Bundesrepublik Rücksicht auf weniger robuste Europäer genommen zu haben. Schnippschisch beschied ein hoher Reisebegleiter Vorsters den SPIEGEL: „Wir hätten uns ja auch für Holland entscheiden können, dann wäre dort die Regierung gestürzt worden.“

CDU-WAHLKAMPF

Am Schwarzen Meer

Nach Pannen bei der Vorbereitung seiner Balkan-Reise wurde Unionsführer Kohl von den Kommunisten wie der zukünftige Bonner Kanzler empfangen.

Auf dem Balkan fand Helmut Kohl sein Selbstbewußtsein wieder: Die Kommunisten gewährten dem Kanzlerkandidaten der Union überreich, woran es die amerikanischen Kapitalisten hatten fehlen lassen. Bei seiner Wahlkampfreise durch die USA im Mai hatte der Besucher aus Deutschland in den Vorzimmern Washingtons wie ein lästiger Bittsteller warten müssen. Niemand, so schien es, sah in dem CDU-Vorsitzenden den möglichen nächsten Bonner Bundeskanzler.

Kohls Pfingstreise durch Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien hingegen brachte fast schon ein Übersoll an protokollarischer Ehrerbietung durch die Gastgeber, die den Oppositionellen in ihre Länder gebeten hatten. Sie hofierten den Unionsmann, als sei er der deutsche Regierungschef von morgen.

Todor Schiwkoff etwa, der Moskautreue Staats- und Parteichef Bulgariens, bedeutete dem Mainzer, daß sein Land gegen eine Regierungsübernahme durch die Union nichts einzuwenden habe. Der Bulgare zu Kohl: Er verstehe nicht so viel wie sein Gast vom Fußball, aber er sei „immer für die Mannschaft, die gewinnt“.

Jugoslawiens Tito hatte zuvor, trotz angegriffener Gesundheit, dem Besucher aus Rheinland-Pfalz seine Gunst erwiesen, indem er das auf eine Stunde angesetzte Zwiegespräch um 30 Minuten verlängerte. Der greise Marschall ließ den Gast wissen, daß ein Regierungswechsel in Bonn die zwischen-